

**Postulat Ivica Petrušić, SP, Aarau, vom 21. September 2010 betreffend Massnahmen gegen Zutrittsverweigerungen in Aargauer Clubs aufgrund rassistischer Motive**

---

**Text:**

Der Regierungsrat wird gebeten, Massnahmen zu ergreifen, damit in Aargauer Clubs nicht mehr Zutrittsverweigerungen aufgrund rassistischer Motive praktiziert werden können.

**Begründung:**

Bald geht die Sommer- und Festivalzeit vorbei und die Clubsaison wird wieder eröffnet. Vor den Sommerferien war den Medien zu entnehmen, dass auch im Aargau Menschen aufgrund äusserlicher Merkmale wie Hautfarbe oder sonstiges Aussehen sowie aufgrund ihres Passes oder Namens nicht in Clubs eingelassen werden. Betroffene haben keine Chancen, sich dagegen auf juristischem Weg zu wehren, obschon solche Eintrittsverweigerungen in verfassungs- und strafrechtlichem Sinn verboten sind.

Die Aargauer Regierung muss hier ein Zeichen setzen, indem sie dahin wirkt, dass jedwelchen Diskriminierungen konsequent begegnet wird. Beispielsweise interessiert konkret ob sie Möglichkeiten sieht, solchen Betrieben und ihren Betreibern staatliche Bewilligungen zu entziehen, entweder für bestimmte Zeiten oder allenfalls für immer.

Eine unklare, willkürliche oder gar diskriminierende Einlasspraxis kann bei Bevölkerungsgruppen mit ohnehin schon tiefem gesellschaftlichem Status (beispielsweise bei jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund) Frustrationen oder gar Gewaltbereitschaft bewirken. Dies kann wiederum die Betreiber solcher Lokale veranlassen, ihre Zutrittskriterien zu verschärfen, was erst recht zu Eskalationen führt.

Diskriminierungen kommen allerdings nicht nur in Clubs, sondern auch in mehreren anderen Bereichen des menschlichen Zusammenlebens und -arbeitens vor. Darum sollte der Regierungsrat rasch und entschlossen handeln.

---

Mitunterzeichnet von 15 Ratsmitgliedern